

Ressort: Lokales

Politiker für Einschreiten von Großaktionär Niedersachsen gegen VW-Chef

Berlin, 21.11.2016, 16:12 Uhr

GDN - Nach kritischen Äußerungen des VW-Chefs Matthias Müller zu Kunden in Europa ist der Ruf nach einem Einschreiten des VW-Großaktionärs Niedersachsen laut geworden: "Die Zurückhaltung von Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil als Anteilseigner von VW ist für mich nicht nachvollziehbar. Da wären klare Worte des Landes Niedersachsen angebracht", sagte der Vize-Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs (CDU), dem "Handelsblatt".

"Wenn ein Vorstandsvorsitzender seinen Kunden Vorwürfe macht, dann ist das kontraproduktiv und offenbart eine Haltung, die sich am Ende des Tages nicht auszahlt", kritisierte Fuchs. "Ein Unternehmen muss sich auch dem Kaufverhalten seiner Kunden anpassen, nicht anders herum." Auch in der SPD regte sich Unmut. "Die Äußerungen von Herrn Müller zeigen erneut den Realitätsverlust einiger Mitglieder der Wirtschaftselite", sagte der Vize-Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, Klaus Barthel (SPD), dem "Handelsblatt". Die "in betrügerischer Absicht" eingebaute Abgas-Software verstoße sowohl gegen das europäische Vorsorgeprinzip als auch gegen das US-Recht. Mit seiner Äußerung verhöhne Müller daher nicht nur seine Kunden, sondern auch die EU-Kommission und die Bundesregierung. "Diese sollten endlich handeln, um das geltende Recht durchzusetzen." Müller hatte in der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" ein mangelndes Kundeninteresse für den schleppenden Absatz von E-Autos verantwortlich gemacht. Außerdem erklärte er, dass er Entschädigungswünsche von VW-Fahrern, die von der Dieselkrise in Europa betroffen sind, nur "emotional" nachvollziehen könne. Auch die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Renate Künast, sieht Niedersachsen am Zug. Vom zweitgrößten VW-Eigner erwarte sei, "dass er ein Interesse daran hat, dass Konzerne Verbraucher nicht einfach konsequenzenlos hinters Licht führen können", sagte die Grünen-Politikerin dem "Handelsblatt". Der VW-Konzern habe deutsche Verbraucher getäuscht. "Dafür müssen sie entschädigt werden. Es ist mir unerklärlich, dass dem VW Chef dafür die Einsicht fehlt", so Künast. Ihr Fraktionskollege Dieter Janecek forderte von der Landesregierung in Hannover ebenfalls klare Worte. "Verbraucherbeschimpfung ist genauso wenig hilfreich wie Wählerbeschimpfung", sagte der Bundestagsabgeordnete dem "Handelsblatt". Harte Konsequenzen für die Konzernspitze brachte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Christian Bäumler, ins Spiel. "Müller gefährdet mit der Beleidigung von Kunden Arbeitsplätze", sagte Bäumler dem "Handelsblatt". "Das Land Niedersachsen muss im Interesse der Arbeitnehmer klären, ob Volkswagen mit diesem Vorstandschef noch eine Zukunft hat. Manager, die so auftreten wie Müller, unterminieren die soziale Marktwirtschaft in Deutschland."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-81206/politiker-fuer-einschreiten-von-grossaktionaer-niedersachsen-gegen-vw-chef.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619